

Wirtschaft
Forum

200-Milliarden-Geschenk für Europas Reiche

Die Beteiligung privater Gläubiger an der Umschuldung Griechenlands entpuppt sich als Farce

Als die Einigung über den neuen Rettungsplan für Griechenland verkündet wurde, hat Kanzlerin Angela Merkel den Beitrag privater Gläubiger hervorgehoben. Die öffentlichen Verpflichtungen für den europäischen Steuerzahler belaufen sich auf zusätzliche 109 Milliarden Euro. Private Gläubiger beteiligen sich bei der Umschuldung angeblich mit 37 Milliarden Euro durch eine Abschreibung von 21 Prozent.

Doch das Brüsseler Verhandlungsergebnis könnte für den Steuerzahler kaum schlechter sein, denn der Handelsabschlag für griechische Schulden lag vorher schon bei etwa 50 Prozent. Die privaten Gläubiger profitieren nach dem Umtausch alter gegen neue Anleihen zudem von neuen Garantien des Europäischen Rettungsfonds (EFSF). Da der griechische Staat auch nach dem jetzigen 'kleinen' Schuldenschnitt noch mit mehr als 130 Prozent seiner Wirtschaftsleistung verschuldet bleibt, wird mittelfristig ein weiterer, wesentlich drastischerer Schuldenschnitt kommen müssen - der dann voll auf den Steuerzahler abgewälzt wird. Das wissen natürlich auch die privaten Gläubiger, die sich daher an der Umschuldung 'freiwillig' beteiligen werden. So entpuppt sich der private Gläubigerbeitrag als eine Farce; das griechische Hilfspaket ist vielmehr ein riesiges Geschenk für die Kapitaleigner der Banken und andere Inhaber griechischer Staatsschulden.

Erstaunlich waren daher auch die Kommentare des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy, der die Brüsseler Einigung als Einstieg in eine Europäische Wirtschaftsregierung deutete. Doch ist gerade der politische Aspekt der Einigung besonders beschämend: Die womöglich insgesamt bis zu 200 Milliarden Euro an Steuergeldern für die Griechenlandrettung kommen hauptsächlich den fünf Prozent reichsten Familien zugute. In den USA wie auch anderswo in der Welt kontrollieren die fünf Prozent wohlhabendsten Familien etwa 70 Prozent des Finanzkapitals. So bedeutet die Sozialisierung der griechischen Schulden gleichzeitig eine gewaltige Umverteilung zugunsten der Reichen dieser Welt. Eine besser informierte französische Bevölkerung würde wahrscheinlich auf die Barrikaden steigen, denn die Umverteilung zwischen Arm und Reich ist in Frankreich ein Dauerthema.

Grundsätzlich sind Regierungen gegenüber privaten Gläubigern in einer starken Verhandlungsposition. Anders als ein Unternehmen kann ein Staat nicht liquidiert werden. Der private Gläubiger zieht daher bei einer Staatsinsolvenz normalerweise den Kürzeren. Warum sind die Gläubiger dann bei Griechenlands Umschuldung ungeschoren geblieben? Viele Banker und Journalisten erwecken den Eindruck, als gebe es nur eine Wahl zwischen einer europäischen Garantie für griechische Schulden und einer katastrophalen Bankenkrise. Lorenzo Bini Smaghi, Vorstandsmitglied der Europäischen Zentralbank (EZB), hat sogar jede finanzielle Beteiligung privater Gläubiger als letztlich noch teurer für den Steuerzahler denunziert. Solche Darstellungen verzerren jedoch die Realität.

Tatsächlich ist die Eigenkapitalschwäche der europäischen Banken bei einem radikalen Schuldenschnitt für Griechenland ein Risiko. Doch kann man dieses Problem weitaus direkter und günstiger lösen durch eine (erzwungene) Rekapitalisierung der Banken. Die letzte Finanzkrise hat gezeigt, dass Regierungen sehr wohl in der Lage sind, durch resolutes Handeln Bankenkrise zu verhindern. Der Staat kann im Gegenzug für seine Einlagen neue Aktien von den Banken erhalten, so dass der Steuerzahler langfristig sogar einen Gewinn erzielen kann.

Warum wurde diese viel nachhaltigere Lösung nicht einmal erwogen? Die Gründe sind politischer Natur, denn eine solche Lösung kollidiert mit den mächtigen Interessen der Großbanken, obwohl deren nachlässige Kreditvergabe in die jetzige Krise führte. Politiker haben bei ihren Verhandlungen mit privaten Gläubigern einen doppelten Nachteil: Die Finanzministerien sind bei der Ausarbeitung von Rettungspaketen aufgrund fehlender Sachkompetenz und mangelnder Information weitgehend überfordert. Der verbleibende politische Wille versandet im Geheimhaltungsgefahren eines unkooperativen Bankensektors.

Nicht zu unterschätzen ist auch die Lobbyistenmacht der Banken, die alleine schon viele Politiker abschreckt, irgendwelche Risiken zugunsten des Steuerzahlers einzugehen. Obwohl zum Teil katastrophales Risikomanagement in der Finanzkrise viele Banker als Ratgeber disqualifizieren sollte, ist deren Einfluss auf die Politik ungebrochen. Wenn man die Frösche fragt, wie man am besten ihren Sumpf trocken legt, so erhält man Vorschläge zur weiteren Bewässerung. Entsprechend hat man Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann und die Interessenvertretung der Banken (IIF) mit der Ausarbeitung eines Griechenlandplans beauftragt. Dies ist, als würde man das Gesundheitsministerium der Tabakindustrie unterstellen.

Eine weitere Handlungsschwäche der Politik gegenüber privaten Gläubigern ergibt sich aus der Zersplitterung politischer Macht auf viele Nationalstaaten. 1982 konnte der damalige Finanzminister James Baker jede Sozialisierung privater Bankschulden in Lateinamerika kategorisch ablehnen. Die Situation von Kanzlerin Merkel ist hier ungleich schwieriger, weil jede politische Lösung europäischer Kompromissfindung unterworfen ist.

Schließlich hat auch die EZB zur Erpressung deutscher Politiker beigetragen, indem sie vehement dagegen kämpfte, private Gläubiger einzubeziehen. Manche EZB-Vertreter hinterlassen dabei den Eindruck, mehr den Interessen der Finanzelite ihres Heimatstaates verpflichtet zu sein als dem europäischen Steuerzahler und Bürger.

Falls das neueste Griechenlandpaket einen Ausblick auf eine künftige Europäische Wirtschaftsregierung bedeutet, so stellt sich die Frage, wie viele derartige Beschlüsse der Euro politisch überleben kann. Leider wird sich die politische Ökonomie kaum verbessern, bevor Europa in die nächste Runde der Schuldenkrise eintritt. Dazu müssten Politiker gegen mächtige Bankinteressen eine drastische Kapitalaufstockung europäischer Banken erzwingen, wofür es wenig Anzeichen gibt. Die Sozialisierung der griechischen Schulden wird keinen wirklichen Schuldenabbau erwirken und nur diejenigen unnötig entlasten, die den unausweichlichen Schuldenschnitt am leichtesten hinnehmen können.

Harald Hau beschäftigt sich als Professor an der Wirtschaftshochschule Insead im französischen Fontainebleau mit dem Geschehen auf den Finanzmärkten. Foto: privat

Quelle: Süddeutsche Zeitung, Montag, den 08. August 2011, Seite 20